



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 6. bis zum 11. März 1911)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 6. bis zum 11. März 1911)

Innere Politik

Der preußische Kultusetat — Die Rede des Kanzlers — Das Positive der Kanzlerrede — Kulturkampf — Max Lenz und die Romantik — Die preußische Gesandtschaft beim Vatikan — Bedauerliche Unklarheiten — Die Stellung der Konservativen.

Nicht ohne ein gewisses Bangen haben weite Kreise des gebildeten Deutschland den Debatten über den Kultusetat des preußischen Abgeordnetenhauses entgegengesehen. Sollte doch der preußische Ministerpräsident darüber Auskunft geben, welche Stellung die preußische Regierung gegenüber dem Vorgehen der römischen Kurie einzunehmen gedenke. Nach der Vorrede, die der Herr Kultusminister in der Kommission gehalten hatte, wuchs der Optimismus und damit das Vertrauen zur Regierung, doch hielt sich die Mehrheit noch skeptisch zurück. Noch lag allen in den Ohren, was Herr v. Bethmann vor Weihnachten im Reichstage gesagt hatte: „Eine Politik unter Ausschaltung des Zentrums mache ich nicht mit“. Am Dienstag nun hat Herr v. Bethmann Hollweg in langer, eindrucksvoller Rede den Standpunkt der Regierung dargelegt.

Die Rede des Kanzlers zeichnet sich durch zwei Vorzüge aus, die Ministerreden gewöhnlich nicht zu haben pflegen: sie erscheint sorgfältig bis in kleinste Einzelheiten vorbereitet, und sie läßt alle Momente des preußisch-römischen Streites ohne Rücksicht auf ihre größere oder geringere Schwere vor unserem geistigen Auge vorüberziehen; sie ermöglicht dadurch auch dem der ganzen Frage fernerstehenden Zeitungsleser, einen Blick auf die letzten Konsequenzen zu werfen. Wegen dieser Vorzüge sei sie allen Deutschen zu eingehendem Studium empfohlen; es ist hier dem denkenden Menschen die Möglichkeit geboten, sich über eine der wichtigsten Fragen unseres nationalen Daseins ein eigenes Urteil zu bilden, über eine Frage, deren Lösung nicht nur äußerliche staatsrechtliche Beziehungen endgültig regeln, sondern auch die kulturelle Entwicklung der Nation tief beeinflussen und deren Stellung zum neudeutschen Kaisertum festlegen würde.

Das Positive an seiner Rede ist: die Regierung hat sich entschlossen, der ultramontanen Geschichtsauffassung den Einfluß auf unsere Jugend zu nehmen und sie die Schönheiten der deutschen Literatur durch den Mund innerlich freier Männer kennen lernen zu lassen. Sollte hinter den Worten auch der feste Wille zur Tat stehen, — schon in wenigen Wochen, beim Eintritt neuer Lehrkräfte zu Beginn des neuen Schuljahres muß es sich ja zeigen —, sollten die Worte nicht lediglich eine Drohung bedeuten, dann wäre die deutsche Sache siegreich aus den letzten Kämpfen gegen Rom hervorgegangen. In solcher Auffassung stimmen mit uns alle Politiker der Mittelparteien überein, selbst solche, die als einen vollen Sieg nur den Abbruch aller Beziehungen zum Papst und die Beseitigung der katholischen Fakultäten gelten lassen wollen, d. h. die den Zeitpunkt für einen neuen Kulturkampf gekommen wähen.

Kulturkampf! Das Wort hat einen bösen Beigeschmack. Es erinnert uns nicht nur an eine schwere Niederlage, es weist uns auch auf eine Schwäche hin, die die deutsche Nation seit der Reformationszeit in sich trägt; es weist uns auf den tiefen Riß, der seit vier Jahrhunderten schier unüberbrückbar mitten durch das deutsche Volk hindurch geht. „Die nationale Einheit“, so schreibt Max Lenz, der Berliner Historiker, „ist nicht fertig, solange unsere Gottesverehrung noch nicht auf gemeinsamem Boden ruht. Der Wille zur Macht selbst, der unser Reich schuf, würde erlahmen, der Lebensmut, der Glaube an das Vaterland müßte versiegen, wenn nicht in dem Innersten, in dem Abytton gleichsam unseres nationalen Bewußtseins dieselben Heiligtümer, die gleichen Gottesgedanken ihren Platz fänden. Es liegt also eine zugleich politische und sittliche Notwendigkeit vor uns, jene Lebensmächte zu suchen, welche der Nationalität den eigentlichen Inhalt geben. Wie aber dahin gelangen?“ (Kleine historische Schriften, Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin 1910, S. 255.) Sowohl, wie dahin gelangen? durch die Mittel des Kulturkampfes? Lenz nennt uns einen besseren Weg: „Nur wenn wir auf den Boden zurückkehren, auf dem die Ideale unserer klassischen Periode erwachsen, dürfen wir hoffen, den festen Grund zu finden, auf dem ein von gemeinsamen Ewigkeitsgedanken bewegtes Nationalbewußtsein sich bilden kann. Und nur in solchen Formen kann es geschehen, welche die alten Grenzlinien, die der politische Parteigeist unseres Jahrhunderts fast künstlich neu gegraben hat, abermals auslöschten und überschreiten werden . . .“ (S. 260). Lenz weist auf die Romantiker Schleiermacher und Novalis, Tieck und beide Schlegel, Adam Müller und Genz hin, als auf die Geister, die den deutschen Einheitsgedanken bis zu seinen letzten Folgerungen durchdacht haben. „Die katholischen Kreise waren . . . die nachfolgenden und empfangenden. Erst in der zweiten Generation, als der politische Kampf den zarten Schmelz der Romantik abstreifte und zerstörte und hinter ihrem weichen Antlitz die harten Züge des Ultramontanismus hervortraten, stellten sich unter Joseph Görres Söhne der katholischen Kirche an die Spitze. Und nun begann die allseitige Versteifung . . . aller Organe und Dogmen, die in Trient geschaffen oder neu gebildet waren. Das aber geschah in engster Verbindung mit dem Kampf der politischen Parteien, den der Verdegang des nationalen Staates hervorrief“ (S. 259).

Vergleichen wir die letzten zwanzig Jahre unserer geistigen Entwicklung mit der Zeit, zu der Lenz uns hinführt, dann werden wir auch Analogien erkennen, die vielleicht geeignet sind, uns den richtigen Weg leichter finden zu lassen. Auch unsere Tage kennen ein Wiederaufleben der Romantik, und wie damals sind Männer aus beiden kirchlichen Lagern bemüht, die Brücke zu schlagen. Doch wie damals Görres und seine Freunde den guten Keim erstickten, so steht heute die konfessionelle Partei des Zentrums dem Ausgleich hindernd entgegen. Wie sich die Ideen jener Kreise seinerzeit der geistigen Oberschicht der deutschen Katholiken bemächtigt hatten, so hat das Zentrum es neuerdings verstanden, Einfluß auf

die Massen zu gewinnen und sie nach den gleichen Grundsätzen, wie die Sozialdemokratie es tut, zu organisieren. Die protestantische Kirche kann dem nichts gegenüberstellen an Organisation, was befähigt wäre, den Kampf als Kulturkampf auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Jeder Versuch eines Kulturkampfes würde unter solchen Kräfteverhältnissen nur Wasser auf die Mühlen des Ultramontanismus führen und die seitens der Zentrums-
partei auf eine weitere Vertiefung unserer Spaltung gerichteten Bemühungen unterstützen. Darum: nicht wir Protestanten, nicht die Regierung des paritätischen Staates können ein Interesse an der Entfaltung eines Kulturkampfes haben, sondern einzig und allein die Ultramontanen. Unsere stärksten Mittel gegen Rom liegen in den gesunden, durch die Reformation befreiten, durch den Humanismus entwickelten nationalen Kräften. Sie gilt es zu pflegen, an ihren Quellen in der Nation selbst zu pflegen. Man befreie die deutsche Schule von dem schädlichen Einfluß ultramontan gesinnter Lehrer und lasse in ihr den Geist der Freiheit wehen, so werden sich von selbst die Kräfte bilden, die notwendig sind, um den römischen Katholizismus bei den deutschen Katholiken zu überwinden. Je mehr der Papst durch seine Verordnungen den katholischen Geist zur Verknöcherung treibt, um so eher wird das religiöse Empfinden in Sehnsucht nach Befriedigung die deutschen Katholiken zu dem Duell der Erkenntnis drängen. Mögen darum die katholischen Fakultäten bestehen bleiben, wenn nur die Schulen dem Ultramontanismus entzogen werden.

Obwohl nun die nationalen Politiker aller politischen Richtungen sich der ange deuteten weiteren Folgerungen wohl bewußt sind, richtet sich ihr Hauptaugenmerk doch auf die Außerlichkeiten, und selbst so gemäßigte Männer wie Herr v. Kardorff möchten den preußischen Ministerpräsidenten in Bismarckschen Kürassierstiefeln gegen den Vatikan vorgehen sehen. Man fordert die Auflösung der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl. Die Ereignisse des letzten Jahres, die völlige Ignorierung von deren Vorhandensein durch den Vatikan können aber doch nur scheinbar die Richtigkeit eines solchen Schrittes beweisen. Herr v. Riederlen-Wächter meinte in seiner gemütlich schwäbischen Art, es müsse doch jemand da sein zum Schreiben. Gewiß! Man soll von der preußischen Gesandtschaft nicht Leistungen erwarten, die ihr nicht zukommen. Diese Gesandtschaft hatte nie aktive Funktionen; stets war sie mehr ein Beobachtungsposten, der beibehalten wurde nicht aus besonderer Hochschätzung für das Papsttum, sondern ausschließlich mit Rücksicht auf ein friedliches Zusammenleben der preußischen Katholiken mit den Protestanten. Wahrhaft friedliebende Päpste können sich dauernd und leicht zu allen Preußen betreffenden Fragen Material geben lassen, und sowohl an der Art des geforderten Materials wie an der Häufigkeit der Inanspruchnahme vermag der preußische Gesandte den Absichten der Kurie folgen. Ein geschickter, historisch genügend vorbereiteter Diplomat wird unter solchen Verhältnissen auch in seiner Eigenschaft als Gesandter beim Vatikan ein nützlicher Vertreter deutscher Interessen sein, vorausgesetzt, daß er

einen zuverlässigen Rückhalt in Berlin findet und daß die innerdeutsche Politik in festen Händen liegt. Nicht von der Gesandtschaft oder der Persönlichkeit des Gesandten hängt in erster Linie ihre Bedeutung für die preußisch-vatikanischen Beziehungen ab, sondern von der Stellung der preußisch-deutschen Regierung zum Ultramontanismus. Es ist kein Zufall, daß das anspruchsvolle Vorgehen der Kurie gerade dann einsetzte, als es klar ward, daß Bülow's Kampfruf gegen die ultramontane Zentrumsparlei erfolglos blieb, als die deutschkonservative Partei sich mit dem Zentrum gegen die übrigen nationalen Parteien verband und als das Verhalten des Kaisers ebenso wie seines Kanzlers den Anschein erweckte, als könne die Monarchie in Deutschland ohne enge Anlehnung an die Zentrumsparlei nicht recht weiter bestehen. Man wird aus dieser Beobachtung heraus zu demselben Ergebnis wie der Herr Reichskanzler kommen: nicht war die preußische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl überflüssig, sondern die Regierungspolitik in Berlin befand sich auf falscher Bahn.

Selbstverständlich hat Herr von Bethmann solch ein Eingeständnis nicht offen ausgesprochen. Aber nachdem er unter besonderem Hinweis auf sein Einverständnis mit dem Herrn Kultusminister gesagt hat, der „preußische Staat wird sich in Zukunft gezwungen sehen, in der Regel darauf Verzicht zu leisten, Geistlichen, welche den Antimodernisteneid geleistet haben, an Gymnasien Unterricht, z. B. im Deutschen, in der Geschichte neu zu übertragen,“ durften wir folgern, daß er sich von der bisherigen Ergebnislosigkeit seiner Politik gegen das Zentrum und den Vatikan überzeugt hatte.

Leider ist in die freundige Zustimmung, die die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten allenthalben hervorgerufen haben, ein Vermutstropfen gefallen; der amtlich im Reichsanzeiger veröffentlichte Wortlaut der Rede stimmt nicht mit dem überein, was Herr v. Bethmann selbst gesagt hat und worauf sich die ersten Äußerungen der Presse stützten. Es heißt nun, der Kanzler sei vor der drohenden Haltung zurückgewichen, die die deutschkonservative Partei ihm gegenüber eingenommen hat. Die Worte „in der Regel“ sind nachträglich in das Stenogramm der Rede eingefügt worden. Naturgemäß geben solche Unklarheiten vielfach Veranlassung zu Mißtrauen und hindern zahlreiche loyal gesinnte Politiker, sich der Leitung des Kanzlers rückhaltlos anzuvertrauen. Nur der Radikalismus gewinnt, und das Berliner Tageblatt kann mit einem gewissen Schein des Rechts von einem „Scheingefecht“ sprechen. Wir anderen aber werden in unserer Auffassung bestärkt, daß ein politischer Sieg über den Ultramontanismus vorläufig nur im Wahlkampf herbeigeführt werden kann, daß wir nur dann auf eine feste Haltung der Regierung rechnen können, wenn wir ihr eine starke, von gleichen Zielen erfüllte Partei zur Seite stellen. Doch ist damit nur vorübergehend geholfen. Denn die nachhaltigen Siege wachsen auf dem Boden der Anschauungen, mit denen das Volk von Jugend an aufwächst. Ein Blick in die ultramontane Presse beweist uns, wie tief die vom Reichskanzler angedeutete Maßregel die Zentrums Herzen erschüttert. Eigenartig und unverständlich ist die Haltung der Deutschkonservativen,

wie sie sich uns nach Äußerungen der Kreuzzeitung und Deutschen Tageszeitung darstellt. Zusammen mit der Kölnischen Volkszeitung bezeichnen sie die den deutschen und Geschichtsunterricht betreffenden Ausführungen des Ministerpräsidenten als „eine sachliche Abweichung von dem auch seitens des Kultusministers in der Kommission dargelegten Standpunkt . . . Da sich die konservative Fraktion durch ihren Redner nur dem Standpunkte des Kultusministers angeschlossen hatte, so liegt hier zum mindesten eine offene Frage vor, deren Aufrollung unseres Erachtens besser unterblieben wäre, und zu der die konservative Fraktion sich ihre Stellung jedenfalls wird mindestens vorbehalten müssen.“ Danach scheint die deutschkonservative Partei auch in nationalen Fragen einen Weg abseits von der Nation wählen zu wollen. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

Verfassungsfragen

Die neueste Wendung im elsäß-lothringischen Verfassungskampf — Das Übergewicht Preußens im Bundesrate.

Die elsäß-lothringische Verfassungsangelegenheit ist seit dem 9. d. M. wieder in die betreffende Kommission des Reichstags zurückgekehrt und scheint damit in den von der Regierung gewünschten Weg eingelenkt zu sein. Auch die neueste Fassung der beiden wichtigsten Paragraphen vermag unsere Bedenken gegen die ganze Vorlage nicht zu zerstreuen. Die Bossische Zeitung spricht uns aus dem Herzen, wenn sie schreibt: „Der Vorschlag der verbündeten Regierungen ist ein Triumph des Mißtrauens gegen Preußen . . . Es wird erlaubt sein, daß vierzig Jahre nach dem Frankfurter Frieden dieser Vorgang in manchen Kreisen als peinlich und demütigend empfunden wird. Traurig, daß vierzig Jahre nicht ausgereicht haben, ein Mißtrauen gegen Preußen zu beseitigen, wie es überall bei den Verhandlungen über die Verfassung Elsaß-Lothringens hervortritt!“ Das freisinnige Blatt befindet sich mit solchen Auffassungen in der Gesellschaft der gesamten konservativen und einem Teil der nationalliberalen Presse. Wir fürchten, daß die neu geschaffenen Kautelen um so weniger hinreichen werden, die Entwicklung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaate aufzuhalten, je mehr wir bei der Zentralregierung das Bestreben beobachten müssen, allen Wünschen partikularer Art entgegenzukommen.

Ein bekannter Historiker schreibt uns zu der angeschnittenen Frage:

In außerpreussischen deutschen Blättern pflegt man die Verleihung des Stimmrechts an das Reichsland, wo der Kaiser reichsverfassungsmäßig die landesherrliche Gewalt ausübt, von dem Standpunkte aus zu bemängeln, daß dadurch das Übergewicht Preußens im Bundesrate verstärkt werde. Daraus stammt der Vorschlag, einen lebenslänglichen Statthalter nach Straßburg zu setzen, der unabhängig von Berlin wäre, also dem Kaiser sein verfassungsmäßiges Recht zu nehmen. Es handelt sich dabei um drei Bundesratsstimmen, also um einen an sich unbedeutenden Zuwachs der Gesamtzahl. Mit so geringen

Mehrheiten, daß drei Stimmen entscheidend ins Gewicht fielen, pflegen aber wichtige Beschlüsse im Bundesrat nicht gefaßt zu werden, und wenn man die Schwierigkeiten eines so geringen Stimmenzuwachses vermeiden will, so bliebe ja noch der Ausweg, das Reichsland in eine preußische Provinz zu verwandeln, womit eine Vermehrung der preußischen Stimmen nicht notwendig verbunden sein müßte. Anspruch auf staatliche Selbständigkeit hat es ohnehin nicht.

Betrachten wir einmal das „Übergewicht“ Preußens etwas näher. In der Stimmenzahl ist es überhaupt gar nicht vorhanden. Denn im Bundesrat führt Preußen von 58 Stimmen 14, also etwa $22\frac{1}{2}$ Prozent; es kann demnach in den meisten Fällen ebenso gut überstimmt werden, wie jeder andere Staat. Dieses Stimmenverhältnis entspricht ganz und gar nicht den Kräfteverhältnissen. Preußen zählt nämlich jetzt von den 65 Millionen der Reichsbevölkerung über 40, also mehr als 60 Prozent. Aber dieser Widerspruch ist in dem Wesen des Bundesstaats begründet, weil bei dem natürlichen Übergewicht größerer Bundesmitglieder sonst jedes Bundesverhältnis illusorisch würde, und geht deshalb durch die ganze Stimmenverteilung hindurch. Sachsen z. B. müßte bei 4 Millionen Einwohnern nach dem Maßstabe der preußischen Stimmen deren zehnten Teil, also etwa $1\frac{1}{2}$ Stimmen führen, wie es in der Tat in der Schweiz halbe Stimmen gibt, und alle eigentlichen Kleinstaaten führen ohne Unterschied nur eine Stimme, obwohl doch z. B. Hamburg etwas mehr bedeutet als das Fürstentum Lippe oder Schwarzburg-Rudolstadt. In einzelnen Fällen muß sich jeder Bundesstaat gefallen lassen, im Bundesrat majorisiert zu werden, denn einen polnischen Reichstag wollen wir doch nicht daraus machen. Auch Preußen tut das und hat es getan, z. B. sogar in der immerhin wichtigen Frage der Verlegung des Reichsgerichts nach Berlin oder nach Leipzig 1877, bei der es in der Minderheit blieb, obwohl diese Minderheit Staaten mit zusammen 29 Millionen, die siegreiche Mehrheit solche mit im ganzen nur 12 Millionen umfaßte. Aber ein häufigerer Gebrauch einer solchen rein formalen Mehrheit wird vernünftigerweise vermieden, weil das zu bössartigen Reibungen und schließlich zur Auflösung des Bundesverhältnisses führen könnte. Eben durch einen solchen Mißbrauch ist 1866 der Deutsche Bund gesprengt worden. Einigermaßen entschädigt wird Preußen für seine geringe Stimmenzahl und für den Verzicht auf die volle Autonomie seiner Politik, obwohl es für sich eine selbständige Großmacht sein könnte und vor 1866 mit 16 Millionen gewesen ist, durch einige besondere Rechte des Präsidiums und durch die Bestimmung, daß 14 Stimmen genügen, um jede Änderung der Reichsverfassung zu verhindern, also Preußen allein dazu imstande ist, daß somit z. B. bei der elsass-lothringischen Verfassungsreform gegen Preußens Willen nichts geschehen kann, am wenigsten eine Aufhebung oder auch nur eine Verringerung der kaiserlichen Rechte im Reichslande. Schon diese Stimmenverteilung, die auf der Stimmenzahl des sogenannten weiteren Rats im Deutschen Bundestage mit seinen 69 Stimmen (für Verfassungsfragen) beruht, indem die Stimmen der 1866 annektierten nord-

deutschen Mittelstaaten den altpreussischen hinzugezählt wurden, und die Preußen nach einem siegreichen Kriege durchführte, würde beweisen, daß es fern davon war, sein Übergewicht zu mißbrauchen, und so ist es geblieben. Nach dem Kriege von 1870/71 ist die französische Kriegskostenentschädigung auf Preußens Antrag sogar nicht etwa nach den militärischen Leistungen, sondern nach der Einwohnerzahl, also zum Nachteil Preußens, an die Einzelstaaten verteilt worden. Will man dagegen etwa die Schiffsabgaben anführen, ein Projekt, das wir durchaus nicht für glücklich halten, so vergißt man, daß dieser Plan ebensogut oder mehr im Interesse der süddeutschen Staaten gemeint ist, und daß er im Bundesrate mit starker Mehrheit angenommen worden ist.

Also die Stellung im Bundesrate gibt Preußen zahlenmäßig kein Übergewicht. Das tatsächliche Übergewicht aber besteht und läßt sich Gott sei Dank durch keine noch so künstliche Stimmenverteilung beseitigen. Hinter den 14 Stimmen Preußens stehen eben fast zwei Drittel der deutschen Nation; es umfaßt Angehörige aller deutschen Stämme mit Ausnahme des bayerischen, es grenzt an sämtliche deutschen Bundesstaaten und umschließt eine ganze Anzahl kleinerer als seine Enklaven; es besitzt den weitaus größten Teil der deutschen Küsten und lange Strecken der dorthin fließenden Ströme; es hat von den 58000 Kilometern deutscher Staatsbahnen etwa 32 Kilometer in der Hand, von seinen Leistungen für Heer und Marine gar nicht zu reden. Aus allen diesen Gründen ist der gelegentlich gescholtene preussische „Partikularismus“ wirklich etwas anderes als etwa der bayerische. Man tut dem deutschen Volke einen schlechten Dienst, wenn man ihm diese einfachen Tatsachen verschweigt oder verschleiert, gewissen Empfindlichkeiten und dem alten unseligen Sondergeist zuliebe, der jetzt vor allem in den Landtagen und in der Presse sein Wesen treibt. Nichts ist kläglicher und nichts ungerechter, als dieses Gerede von dem Übergewicht Preußens, als ob das zu beklagen sei oder mißbraucht würde. Es ist historisch entstanden wie die Stellung der anderen Bundesstaaten auch, deren berechtigter und haltbarer Selbständigkeit niemand zu nahe tritt, und unser Reich ist durch Preußen und auf Preußen gegründet, nachdem alle Versuche, eine leistungsfähige deutsche Gesamtverfassung ohne oder gegen Preußen zu schaffen, an denen es wahrlich nicht gefehlt hat, gescheitert sind. Es ist unpatriotisch und unflug, die Entscheidung über wichtige nationale Interessen nicht von ihrem Werte für die Gesamtheit, sondern davon abhängig zu machen, ob dadurch das „Übergewicht“ Preußens vermehrt oder vermindert würde. Die Einrichtung eines „Reichslandes“ war 1871 eine leidige Notwendigkeit, aber eine Halbheit, die Heinrich von Treitschke damals eindringlich und scharfsichtig beurteilt hat, am entschiedensten in seiner Reichstagsrede am 20. Mai 1871. Sollte heute, nachdem eine Erfahrung von vierzig Jahren alle seine Befürchtungen gerechtfertigt hat, wirklich die Frage nach jenem Gesichtspunkte und nicht im nationalen Interesse entschieden werden, so wäre das ein Beweis mehr von kläglicher politischer Unreife, die nichts gelernt, aber viel vergessen hat, vor allem die Tatsache, daß,

was Preußen erworben hat, allezeit für Deutschland erworben worden ist. Der Satz ist immer noch unanfechtbar: Das Deutsche Reich wird durch und mit Preußen sein, oder es wird gar nicht sein.

Bücherliste

- Molenaar**, Prof. Dr. G.: Anti-Vaccinator. Leipzig, B. Winkler. M. 1.—
- Nielsens gesammelte Schriften**. Herausgegeben von der Deutschen Kommission der Königl. Preuss. Akademie der Wissenschaften. 1. Abt. Dritter Band. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 10.—
- Sandtmann**, Carl: Napoleon Bonaparte. 2 Teile. München, Georg D. W. Callwey. Jeder Band M. 3.—
- Schillers Gespräche**. Herausgegeben von Julius Peteren. Leipzig, Insel-Verlag. M. 3.—
- Ewald**, Carl: Mutter Natur erzählt. Stuttgart, Kosmos, Ges. d. Naturfreunde. M. 4.80.
- Joseph von Eichendorffs Dichtungen**. Herausgegeben von Franz Schulz. 2 Bände. Leipzig, Insel-Verlag. M. 3.—
- Wermelster**, Otto: Wilhelm König, der Vater. Berlin, Georg Wahnert.
- Brandt**, Oskar Ludwig: Dichten und Denken. Berlin, W. Alfred Baumhauer.
- Feuchtwanger**, Lion: Der löcherne Gott. Roman. München, E. W. von Sels & Co. M. 3.—
- Essler**, Prof. Dr. Ludwig: Wörterbuch der Volkswirtschaft. Lieferung 3 u. 4. Jena, Gustav Fischer. à M. 2.50.
- Nieland**, Konstantin: Eine deutsche Abrechnung mit Rom. München, M. Kiegerische Universitätsbuchhandlung.
- Jaks-Zhüngen-Eisenstedt**, Dr.: Die Sozialversicherung und die Arztfrage auf dem Lande. Leipzig, Georg Thieme. M. 2.—
- Göh**, Ed.: Sklave und Königstochter. Trauerspiel. Leipzig, Verlag f. Literatur, Kunst und Musik.
- Braue**, Wilhelm: Romrausch. Roman. Berlin, W. Adler Verlag, G. m. b. H. M. 4.—
- Bredow**, Heinrich: Sommerträume. Hamburg, Otto Bröder & Co. M. 2.50.
- Kiefer**, Arthur: Der Mensch. A. Allgemeine Gesichtspunkte. M. 0.60.
- Neuwirth**, Prof. Dr. Jos.: Illustrierte Kunstgeschichte. Bief. 3 und 4. Berlin, Allgem. Verlags-Ges. à M. 1.—
- v. Festenberg**, Hermann: Aus König Heinrichs Jugendtagen. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger. M. 3.—
- Preusschen**, Erwin: Deutschland im Spiegel seiner Geschichte. Neutlingen, Enzlin & Daiblin. M. 12.80.
- Sunkel**, Prof. E.: Die nationalliberale Partei und die nächsten Reichstagswahlen. Kassel, Ernst Hahn.
- Schmidt**, Eric: Reden zur Literatur- und Universitätsgeschichte. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 2.40.
- Lamprecht**, Karl: Zwei Reden zur Hochschulreform. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 1.—
- Stord**, Dr. Karl: Musik und Musiker in Karikatur und Satire. Lieferung 4 bis 16. Oldenburg i. Gr., Gerhard Stalling. M. 1.—

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.